



Bianca Negreanu

Die Euro-Einführung in Rumänien

eingereicht als

## **Bachelorarbeit**

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA (FH)

---

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Wirtschaftswissenschaften

Erstprüfer: Prof. Dr. Johannes N. Stelling

Zweitprüfer: Prof. Dr. Andreas Hollidt

Wien, 2012

## **Bibliographische Beschreibung**

Negreanu, Bianca

Die Euro-Einführung in Rumänien - 2012 - 50 Seiten

Mittweida, Hochschule Mittweida (FH), Fakultät Wirtschaftswissenschaften,  
Bachelorarbeit 2012

### **Referat**

Mit der vorliegenden Arbeit verfolgt die Verfasserin hauptsächlich die Absicht, dem interessierten Leser die Wichtigkeit des Beitrittes von Rumänien zur gemeinsamen Währung näher zu bringen. Außerdem soll ein Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens bzw. den Stand der Konvergenzkriterien, welche für den Euro-Beitritt aussagekräftig sind, gegeben werden. Die Bedeutung der Preisstabilität für die wirtschaftliche Weiterentwicklung in Rumänien wird näher beschrieben, ebenso der Einfluss der Rumänischen Nationalbank auf der Stabilität des Wechselkurses. Weiteres werden die wichtigsten Motivationsgründe für die Euro-Einführung in Rumänien vorgestellt.

In der vorliegenden Arbeit sind alle Personenbezeichnungen geschlechtsneutral verwendet. Gemeint ist also jeweils der Absolvent und die Absolventin, der Student und die Studentin sowie der Mitarbeiter und die Mitarbeiterin usw.

# Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis .....	II
Abkürzungsverzeichnis .....	III
1 Einleitung.....	- 1 -
2 Die Euro-Einführung in Rumänien.....	- 3 -
2.1 Der Beitritt zur Währungsunion.....	- 4 -
2.1.1 Geschichte der Europäischen Integration .....	- 5 -
2.1.2 Die Struktur der EU .....	- 9 -
2.1.3 Institutionen der EU.....	- 11 -
2.1.4 Währungsunion .....	- 13 -
2.1.5 Die drei Stufen der Einführung .....	- 14 -
2.1.6 Konvergenzkriterien .....	- 16 -
2.1.7 Rumänien: Wirtschaftliche Analyse .....	- 18 -
2.2 Motivation für die Euro-Einführung .....	- 21 -
2.2.1 Erwartete Wirkungen des Euro .....	- 22 -
2.2.2 Senkung der langfristigen Zinsen .....	- 24 -
2.2.3 Upgrade der Staatsbonität .....	- 26 -
2.2.4 Wirtschaftliche Auswirkungen durch den Binnenmarkt.....	- 27 -
2.3 Offene Anforderungen zum Euro-Beitritt.....	- 31 -
2.3.1 Erfüllung der Konvergenzkriterien .....	- 32 -
2.3.2 Politische Stabilität .....	- 40 -
2.3.3 Korruptionsbekämpfung .....	- 42 -
3 Schluss.....	- 44 -
3.1 Ergebnisse.....	- 45 -
3.2 Maßnahmen.....	- 47 -
3.3 Konsequenzen.....	- 49 -
Literaturverzeichnis.....	IV
Internetquellen .....	VI

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Landkarte der Europäischen Union .....	6
Abb. 2: Tempelmodell und einheitlicher institutioneller Rahmen.....	10
Abb. 3: Institutionen der EU .....	12
Abb. 4: BIP-Entwicklung in Rumänien (Prognose) .....	20
Abb. 5: Euro-Münzen .....	22
Abb. 6: Makroökonomische Effekte des Binnenmarktes.....	29
Abb. 7: Überblick über die Indikatoren der wirtschaftlichen Konvergenz .....	34
Abb. 8: Wechselkurs EUR/RON am 27.04.2012 (Misstrauensvotum) .....	41
Abb. 9: EUR/RON Wechselkurs (März-Mai 2012) .....	41
Abb. 10: Rumänien Inflation.....	45
Abb. 11: Rumänien und seine Probleme .....	46

## Abkürzungsverzeichnis

z.B.....	zum Beispiel
bzw. ....	beziehungsweise
usw. ....	und so weiter
d.h. ....	das heißt
€.....	Euro
EUR .....	Euro
EU.....	Europäische Union
EZB.....	Europäische Zentralbank
WWU .....	Wirtschafts- und Währungsunion
RON.....	Rumänische Währung
BNR .....	Rumänische Nationalbank
EIU.....	Economist Intelligence Unit
IWF .....	Internationales Währungsfond
Mrd.....	Milliarde
Mil. ....	Million
S&P.....	Standard & Poor's
EURIBOR .....	Euro Interbank Offered Rate
ROBOR.....	Romanian Interbank Offer Rate
EG.....	Europäische Gemeinschaft
EWS.....	Europäisches Währungssystem
EEA.....	Einheitliche Europäische Akte
EAG .....	Europäische Atomgemeinschaft
EGKS.....	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV .....	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EUV .....	Vertrag über die Europäische Union
EWG .....	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
KMU.....	Klein- und Mittelunternehmen
GASP.....	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
u.a.....	unter anderen/ unter anderem
BIP .....	Bruttoinlandsprodukt
HVPI .....	Harmonisierte Verbraucherpre

CEE .....	Central and Eastern Europe
WKM .....	Wechselkursmechanismus
PSD .....	Rumänische Partei (Sozialisten)
PNL.....	Rumänische Partei (Liberalen)
PDL.....	Rumänische Partei (Demokraten)
OLAF .....	European Anti-Fraud Office

# 1 Einleitung

„Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa schaffen. Nur so können Hunderte von Millionen schwer arbeitender Menschen wieder die einfachen Freunde und Hoffnungen zurückgewinnen, die das Leben lebenswert machen.“<sup>1</sup>

Dieses berühmte Zitat wurde anlässlich einer Rede des britischen Premierministers Winston Churchill am 19. September 1946 in Zürich gehalten.<sup>2</sup> Es nimmt den Gedanken eines einheitlichen Europas vorweg. Fast 66 Jahren später sind bereits 27 Länder, darunter auch Rumänien, zur Europäischen Union zusammengeschlossen und der Prozess der europäischen Erweiterung ist längst nicht beendet.

Das Thema „Die Euro-Einführung in Rumänien“ wird im 2. Teil der Arbeit ausgearbeitet. Der Gliederungspunkt 2.1 beschäftigt sich mit den Regeln des Beitrittes zur Währungsunion. Die Geschichte der Europäischen Integration, die Struktur und die Institutionen der EU, die Währungsunion, die drei Stufen der Einführung und die Konvergenzkriterien sind weitere wichtige Inhaltspunkte. Außerdem wird eine kurze wirtschaftliche Analyse von Rumänien vorgestellt.

Der Punkt 2.2 beinhaltet überwiegend wesentliche Motivationsgründe für eine Euro-Einführung in Rumänien. Zu den erwarteten Wirkungen des Euro werden auch andere Vorteile einer gemeinsamen Währung dargestellt, wie z.B. die Senkung der langfristigen Zinsen, ein mögliches Upgrade der Staatsbonität, die wirtschaftlichen Auswirkungen durch den Binnenmarkt und ebenfalls die Folgen der Liberalisierung am Arbeitsmarkt.

---

<sup>1</sup> Thiel, Elke: Die Europäische Union – Von der Integration der Märkte zu gemeinsamen Politiken, 5. Aufl., Opladen 1998, S. 11.

<sup>2</sup> Vgl. Ebenda, S. 11.



Im Gliederungspunkt 2.3 erfolgt eine Analyse der offenen Anforderungen zum Euro-Beitritt. In erster Linie wird die Erfüllung der Konvergenzkriterien näher analysiert und danach werden wichtige Problemthemen wie politische Stabilität und Korruptionsbekämpfung beschrieben.

Im dritten und letzten Teil der Arbeit werden die Resultate und die Maßnahmen, die für den Euro-Beitritt noch erforderlich sind sowie die daraus resultierenden Konsequenzen vorgestellt.

## **2 Die Euro-Einführung in Rumänien**

Das Thema „Die Euro-Einführung in Rumänien“ wird in drei Untergebiete unterteilt.

Der Gliederungspunkt 2.1. bietet eine allgemeine Darstellung der EU und der Währungsunion. Eine Definition der EU, die Darstellung der Mitgliedstaaten der EU, die Struktur und Institutionen der EU sowie die Definition der Währungsunion, ihre drei Stufen der Einführung und die gesetzlichen Konvergenzkriterien sind wichtige Inhaltspunkte im ersten Teil dieser Gliederungspunkt. Im weiteren Verlauf beschäftigt sich die Autorin mit einer ausführlichen wirtschaftlichen Analyse Rumäniens.

Der Punkt 2.2. beinhaltet überwiegend die Darstellung der Motivationsgründe für die Euro-Einführung in Rumänien. Die erwarteten Wirkungen des Euro werden auf unterschiedlichen Ebenen ausführlich dargestellt. Die Senkung der langfristigen Zinsen, das Upgrade der Staatsbonität und die wirtschaftlichen Auswirkungen durch den Binnenmarkt sind wichtigen Themen, die als Hauptgründen für die Euro-Einführung vorgestellt werden.

Im Gliederungspunkt 2.3. erfolgt zunächst unter 2.3.1 eine Analyse hinsichtlich der Erfüllung der Konvergenzkriterien in Rumänien. Auf weitere offene Anforderungen wie politische Stabilität und Korruptionsbekämpfung wird kurz eingegangen.

## **2.1 Der Beitritt zur Währungsunion**

Der Gliederungspunkt 2.1 „Der Beitritt zur Währungsunion“ wird in mehrere Unterkapitel unterteilt.

Zunächst erfolgt eine allgemeine Darstellung der Geschichte der Europäischen Integration, deren Struktur und Institutionen sowie die Definition der Währungsunion und ihre Einführung.

Als nächstes werden die Beitrittskriterien zur Euro-Einführung herausgearbeitet.

Im letzten Unterpunkt wird eine detaillierte wirtschaftliche Analyse des Landes dargestellt. Es werden die vergangene und jetzige wirtschaftliche Situation sowie die Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung präsentiert.

## 2.1.1 Geschichte der Europäischen Integration

Die folgende Zusammenfassung soll einen kurzen Überblick über die Geschichte der Europäischen Integration darstellen:

<b>1952</b>	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, „Montanunion“)
<b>1958</b>	Römische Verträge: Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG bzw. „Euratom“) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
<b>1967</b>	Europäische Gemeinschaften (EG): Zusammenschluss von EGKS, EAG und EWG
<b>1969</b>	Barre-Plan (einheitliche Währung)
<b>1971</b>	Werner-Plan: Schritt in Richtung Wirtschaft- und Währungsunion
<b>1973</b>	Großbritannien, Irland und Dänemark treten der EG bei
<b>1979</b>	Europäisches Währungssystem (EWS)
<b>1982</b>	Griechenland tritt der EG bei
<b>1986</b>	Spanien und Portugal treten der EG bei
<b>1987</b>	Einheitliche Europäische Akte (EEA): Binnenmarktprogramm
<b>1988</b>	Delors-Report zur Wirtschafts- und Währungsunion
<b>1993</b>	Europäische Union (EU): beruht auf dem Vertrag von Maastricht, der die Errichtung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion bis spätestens 1999 vorsieht
<b>1995</b>	Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens zur EU
<b>1999</b>	Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), Einführung des Euro als Buchgeld in 11 Ländern
<b>2001</b>	Aufnahme Griechenlands in den Euroraum
<b>2002</b>	Einführung des Euro als Bargeld

<b>2003</b>	Vertrag von Nizza
<b>2004</b>	Südosterweiterung der EU: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn, Zypern
<b>2007</b>	Beitritt Sloweniens zum Euroraum
<b>2007</b>	Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur EU
<b>2008</b>	Beitritt Maltas und Zyperns zum Euroraum
<b>2009</b>	Beitritt der Slowakei zum Euroraum
<b>2009</b>	Vertrag von Lissabon
<b>2011</b>	Beitritt Estlands zum Euroraum

### Eckdaten der Europäischen Integration<sup>3</sup>

Eine visuelle Unterstützung über die aktuellen Mitglieder der EU soll die Abbildung 1 bieten:



**Abb. 1: Landkarte der Europäischen Union<sup>4</sup>**

<sup>3</sup> Vgl. Österreichische Nationalbank: URL: <[http://www.oenb.at/de/img/themenblatt\\_14-b\\_screen\\_tcm14-239016.pdf](http://www.oenb.at/de/img/themenblatt_14-b_screen_tcm14-239016.pdf)>, verfügbar am 20.04.2012

## EU-Mitgliedstaaten (Beitrittsjahr)<sup>5</sup>



Österreich (1995)



Belgien (1952)



Bulgarien (2007)



Zypern (2004)



Tschechische Republik (2004)



Dänemark (1973)



Estland (2004)



Finnland (1995)



Frankreich (1952)



Deutschland (1952)



Griechenland (1981)



Ungarn (2004)



Irland (1973)



Italien (1952)

---

<sup>4</sup> Abb. 1: Europa: URL: <[http://europa.eu/about-eu/countries/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/countries/index_de.htm)> , verfügbar am 31. 03. 2012

<sup>5</sup> Vgl. Europa: URL: <[http://europa.eu/about-eu/countries/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/countries/index_de.htm)>, verfügbar am 17.04.2012



Lettland (2004)



Litauen (2004)



Luxemburg (1952)



Malta (2004)



Niederlande (1952)



Polen (2004)



Portugal (1986)



Rumänien (2007)



Slowakei (2004)



Slowenien (2004)



Spanien (1986)



Schweden (1995)



Vereinigtes Königreich (1973)

## 2.1.2 Die Struktur der EU

„Die Europäische Union beruht, nach den Verträgen von Maastricht und Amsterdam, auf 3 Säulen: Wirtschaftsintegration, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), „polizeiliche und justitielle Zusammenarbeit in Strafsachen“ in Verbindung mit der neuerdings in den EGV/ Dritter Teil als Titel IIIa eingefügten Visa-, Asyl- und Einwanderungspolitik. Die Wirtschaftsintegration ist der zeitlich früheste, systematisch fundamentale und am weitesten entwickelte Sektor der europäischen Integration. Diese Integrationsebene ist keine bloß wirtschaftstechnische. Sie präjudiziert vielmehr das weitergehende Ziel: die politische Union. Die Verwirklichung des gemeinsamen Marktes und die Einführung einer gemeinsamen Währung sind die Durchsetzung einer bestimmten Form der Gesellschaft und Politik.“<sup>6</sup>

Die EU ist der einheitliche Rahmen für unterschiedlich verdichtete Bereiche des Zusammenwirkens zwischen ihren gegenwärtig 27 Mitgliedsstaaten (siehe Abbildung 2):

- Die erste Säule der EU bilden die durch den EGV begründete Europäische Gemeinschaft EG (früher: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG) und die durch den EAGV begründete Europäische Atomgemeinschaft EAG. Beide werden zusammen als die Europäischen Gemeinschaften bezeichnet, für die sich ebenfalls die Abkürzung EG eingebürgert hat
  
- Die zweite Säule der EU bildet die im EUV geregelte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik GASP. Rechtlich handelt es sich um eine vertraglich verankerte zwischenstaatliche

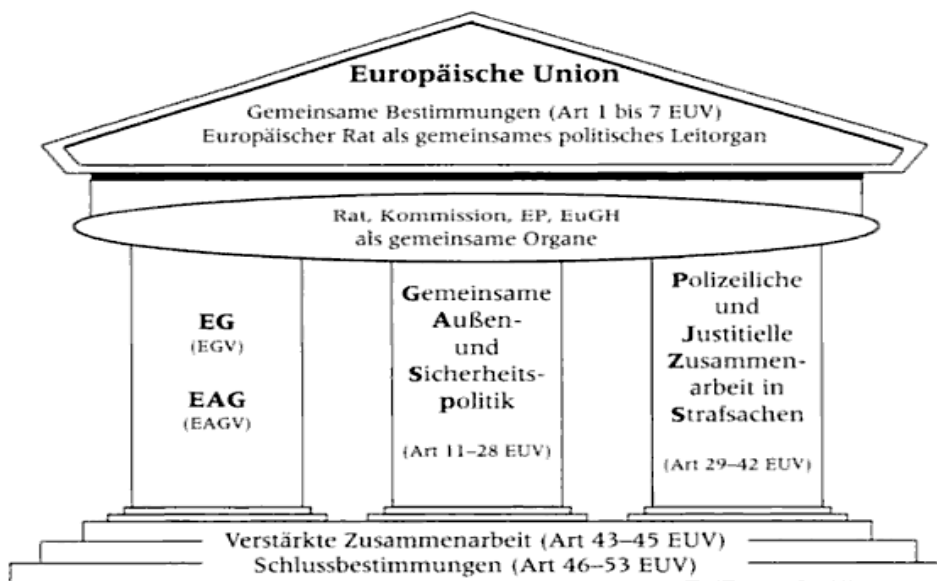
---

<sup>6</sup>Stapelfeldt, Gerhard: Die Europäische Union – Integration und Desintegration – Kritik der ökonomischen Rationalität, 3. Band, Hamburg 1998, S. 125.



Zusammenarbeit mit weiterführenden Ansätzen (besondere Organe und Verfahren) auf völkerrechtlicher Grundlage.

- Die dritte Säule der EU bildet die ebenfalls im EUV geregelte polizeiliche und justitielle Zusammenarbeit im Strafsachen PJZS, für die rechtlich gesehen das Gleiche gilt wie für die GASP.<sup>7</sup>



**Abb. 2: Tempelmodell und einheitlicher institutioneller Rahmen<sup>8</sup>**

<sup>7</sup> Vgl. Ranacher, Christian; Staudigl, Fritz : Einführung in das EU-Recht, Wien 2007, S. 26.

<sup>8</sup> Abb. 2: Ranacher, Christian; Staudigl, Fritz: Einführung in das EU-Recht, Wien 2007, S. 27.

### 2.1.3 Institutionen der EU

Der europäische Integrationsprozess vereint Sieger und Besiegte des Zweiten Weltkriegs auf Grundlage des Gleichheitsprinzips in einem institutionellen Rahmen für eine europäische Friedensordnung. Auffassungsunterschiede werden in den Institutionen der EU im Dialog gelöst. Kompromissfähigkeit ist ein wesentlicher Bestandteil friedlicher Konfliktlösung, wobei Verständnis und auch Respekt für sensible Problembereiche anderer Staaten zum Ausdruck kommen und das Gemeinsame im Vordergrund steht.

Das Prinzip der Gleichrangigkeit aller Staaten manifestiert sich nicht nur in der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, in das kleinere Staaten im Vergleich zu ihrer Bevölkerungszahl proportional mehr Abgeordnete entsenden als große Staaten. Alle Mitglieder stellen einen Kommissar und sind ebenso in den anderen EU-Institutionen vertreten. Auch die Stimmengewichtung im Rat der Europäischen Union gewährleistet, dass die kleineren Staaten bei Mehrheitsbeschlüssen nicht so leicht überstimmt werden können.

Am Gesetzgebungsverfahren sind folgende drei Institutionen beteiligt:

- das Europäische Parlament als Vertretungsorgan der europäischen Bürger
- der Rat der Europäischen Union, in dem die einzelnen Mitgliedstaaten vertreten sind und
- die Europäische Kommission, die die Interessen der EU insgesamt wahrt.<sup>9</sup>

Die Abbildung 3 stellt den Zusammenhang und die Aufgabenbereiche der einzelnen Institutionen dar:

---

<sup>9</sup> Vgl. Rep. Österreich Parlament: URL: <<http://www.parlament.gv.at/PERK/PE/EU/OrganeEU/>>, verfügbar am 12.04.2012

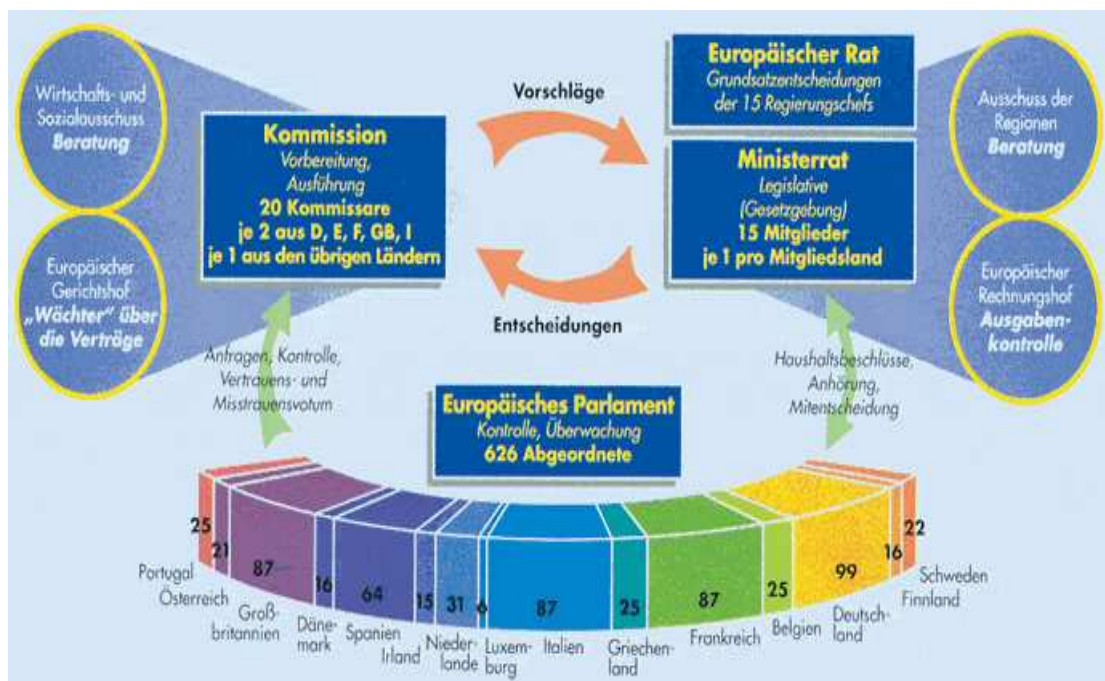


Abb. 3: Institutionen der EU<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Abb. 3: Eurocons: URL: <<http://eurocons.homac.at/programm/3.3.html>>, verfügbar am 4.4.2012

## 2.1.4 Währungsunion



Um eine Währungsunion zu gründen, müssen sich mindestens zwei Länder für eine gemeinsame Geld- und Währungspolitik entscheiden. Das bedeutet u. a., dass es in Zukunft nur noch eine Geldwährung gibt. In Europa ist das der Euro. Folglich gibt es innerhalb einer Währungsunion keine Wechselkursschwankungen mehr. Die gemeinsame Geldpolitik wird von einer einzigen Institution, in unserem Fall die EZB, gesteuert.

Es stellt sich die Frage, ob Wirtschafts- und Währungsunion in ihrem Bestehen voneinander abhängig sind oder ob die eine ohne die andere bestehen kann. Bei kritischer Betrachtung erscheint eine Währungsunion ohne Wirtschaftsunion nicht denkbar. Die Währungsstabilität kann u. a. durch die jeweilige Wirtschaftspolitik eines Staates gesteuert werden. Da in einer Währungsunion keine Wechselkurschwankungen auftreten und im besten Fall sogar eine einheitliche Währung besteht, ist eine Wirtschaftsunion und somit eine gemeinsam geführte Wirtschaftspolitik unabdingbar. Eine Wirtschaftsunion ohne Währungsunion hingegen ist möglich. Im Art. 98 EGV ist geregelt, dass jeder Mitgliedstaat angehalten ist, das Erforderliche zu tun, um das Vertrauen in die eigene Währung aufrecht zu erhalten. Eine gemeinsame Wirtschaftspolitik stünde dem nicht entgegen, eine gemeinsame Währungsunion ist nicht zwingend erforderlich (siehe Großbritannien).<sup>12</sup>

---

<sup>11</sup> Logo EU: URL: <[http://europa.eu/index\\_de.htm](http://europa.eu/index_de.htm)>

<sup>12</sup> Vgl. Kalkowski, Silke: Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Studienarbeit 2008, S. 1.

Eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist Bestandteil der ersten Säule der EU, die Säule umfasst neben der WWU auch Angelegenheiten des gemeinsamen Markts, einer gemeinsamen Agrarpolitik und anderer Aufgaben der wirtschaftlichen Integration. Dies bekräftigt die wichtige Stellung der WWU als ein wesentlicher Bestandteil der EU und ist damit das große finanzpolitische Integrationsprojekt der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Durch die Übertragung der Finanzhoheit auf die EU wurden nationale Interessen überwunden und die ökonomische Integration der Europäischen Staaten vorangebracht. Das große Ziel war die Schaffung eines Marktes mit einer einheitlichen Währung, um Europa gegenüber den Konkurrenten wie den USA, Japan und China zu stärken. Dabei galten die Vereinigten Staaten von Amerika als Vorbild, denn mit ihren 50 Staaten existiert eine Währungsunion mit wirtschaftlich heterogenen Teilstaaten.<sup>13</sup>

### **2.1.5 Die drei Stufen der Einführung**

Alle EU-Mitglieder dürfen an der gemeinsamen Währung teilnehmen, sobald sie, die dafür festgelegten Konvergenzkriterien erreichen, die im EG-Vertrag von Maastricht festgelegt wurden.

Wie bereits erwähnt, ist deutlich zwischen den Beitritten zur EU und der EWU zu unterscheiden. Die Teilnahme an der EWU ist als Folge zum EU-Beitritt zu sehen. Der Prozess der Durchführung der EWU erfolgt in drei Stufen, wie nachfolgend dargestellt:

---

<sup>13</sup> Vgl. Pfetsch, Franz: Die Europäische Union, München 2005, S. 226.

### **Erste Stufe (1.07.1990 bis Ende 1993):**

- Völlige Freigabe des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten
- Abbau von materiellen, steuerlichen und technischen Hindernissen des freien Kapitalverkehrs
- Verpflichtung zur Annäherung der Wirtschaftsleistungen
- Verstärkte Zusammenarbeit der nationalen Zentralbanken

### **Zweite Stufe (01.01.1994-31.12.1998):**

- Errichtung des Europäischen Währungsinstituts, für einen befristeten Zeitraum Vorläuferinstitut der späteren Europäischen Zentralbank (EZB)
- Verbot der monetären Finanzierung der öffentlichen Hand durch Zentralbanken
- Vermeidung übermäßiger Defizite in den öffentlichen Finanzen
- Vorbereitung der dritten Stufe

### **Dritte Stufe (ab 1.01.1999)**

- Beginn der Übergangsphase zum Euro, der Euro ist nun bereits als Buchgeld verwendbar
- Unwiderrufliche Fixierung der Umrechnungskurse zum Euro durch die EU-Finanzminister
- Übergabe der Währungshoheit und damit geldpolitischen Zuständigkeit von den nationalen Staaten auf das Eurosystem und damit die Europäische Zentralbank (EZB).<sup>14</sup>

---

<sup>14</sup> Vgl. Europainfo: URL: <<http://www.europainfo.at/dokumente/WWU.pdf>>, verfügbar am 5.4.2012

## 2.1.6 Konvergenzkriterien

Jedes europäisches Land, welches der Währungsunion beitreten möchte, muss nach dem EG-Vertrag bestimmte Eintrittsbedingungen erfüllen. Es gibt vier wichtigen Konvergenzkriterien: Inflationskriterium, Zinskriterium, Wechselkurskriterium und das Kriterium der Defizitquote, welche in einer kurze Zusammenfassung von der Verfasserin beschrieben werden:

1. Das **Inflationskriterium** besagt, dass die durchschnittliche jährliche Inflationsrate eines Landes um nicht mehr als eineinhalb Prozentpunkte über dem ungewogenen arithmetischen Mittel der Inflationsrate der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten der EU liegen darf. Da die Inflationsrate eines Landes auf der Grundlage des HVPIs (harmonisierte Verbraucherpreisindex) ermittelt wird, entspricht der Referenzzeitraum in der Regel nicht dem Kalenderjahr.
2. Der **langfristige Zinssatz**, gemessen am durchschnittlichen Nominalzinssatz für langfristige (10-jährige) Staatsanleihen oder vergleichbare Wertpapiere, darf im Verlauf des Jahres vor der Konvergenzprüfung einen bestimmten Referenzwert (um zwei Prozentpunkte über dem arithmetischen Mittel der langfristigen Zinssätze der drei preisstabilsten Länder) nicht übersteigen. Der Referenzzeitraum ist mit dem bei der Ermittlung der Inflation identisch.
3. Das **Wechselkurskriterium** repräsentiert eine spannungsfreie Teilnahme am EWS-Wechselkursmechanismus innerhalb der letzten zwei Jahre vor der Konvergenzprüfung.

4. Besondere Bedeutung kommt dem Kriterium einer auf Dauer tragbaren Finanzlage der öffentlichen Hand zu: die **Defizitquote** darf max. 3% des nominalen BIPs betragen und die **Schuldenquote** sollte 60% des nominalen BIPs nicht übersteigen.

<sup>15</sup> <sup>16</sup>  
,

Die Konvergenzkriterien sollen sicherstellen, dass nur solche Länder an der Währungsunion teilnehmen, die bereits vorher ihre stabilitätspolitische Leistungsfähigkeit nachgewiesen haben, sodass gewährleistet ist, dass die Teilnehmerländer eine einigermaßen homogene Stabilitätsgemeinschaft bilden.

---

<sup>15</sup> Vgl. Siebert, Horst; Lorz, Oliver: Außenwirtschaft, 8. Aufl., Stuttgart 2000, S. 17,18,19.

<sup>16</sup> Vgl. EZB: URL: <<http://www.ecb.int/ecb/orga/escb/html/convergence-criteria.de.html>>, verfügbar am 30.03.2012



## 2.1.7 Rumänien: Wirtschaftliche Analyse

### Eckdaten Rumänien:<sup>17</sup>



**Fläche:** 238.391 km<sup>2</sup>

**Bevölkerung:** 21,9 Mil. Einwohner (Stand per Juli 2011)

**Bevölkerungsdichte:** 92 Einwohner pro km<sup>2</sup>

**Staatsform:** Rumänien ist seit 1991 eine Republik. Die rumänische Verfassung stammt aus dem Jahr 1991, die letzte Verfassungsänderung wurde 2003 vorgenommen. Das rumänische Parlament setzt sich aus zwei Kammern zusammen. Rumänien ist seit dem 1. Januar 2007 Mitglied der Europäischen Union

**Sprache:** Die Amtssprache in Rumänien ist Rumänisch (91 %). Vor allem in grenznahen Regionen wird Ungarisch gesprochen (6,7 %). Romani (Sprache der Roma): 1,1 %, Andere: 1,2 % (Zensus 2002).

**Hauptstadt:** Bukarest

**Verwaltungsgliederung:** 41 Bundesländer: Alba, Arad, Arges, Bacau, Bihor, Bistrita-Nasaud, Botosani, Braila, Brasov, Buzau, Calarasi, Caras-Severin, Cluj, Constanta, Covasna, Dimbovita, Dolj, Galati, Gorj, Giurgiu, Harghita, Hunedoara, Ialomita, Iasi, Ilfov, Maramures, Mehedinti, Mures, Neamt, Olt, Prahova, Salaj, Satu Mare, Sibiu, Suceava, Teleorman, Timis, Tulcea, Vaslui, Vilcea, Vrancea sowie die Hauptstadt Bukarest.

**Staatsoberhaupt:** Präsident Traian Băsescu (seit dem 23. Mai 2007).

In diesem Abschnitt wird die wirtschaftliche Entwicklung von Rumänien in den letzten Jahren, die aktuelle Lage und die Wirtschaftsprognosen analysiert.

In den Jahren 2007 und 2008 herrschte in Rumänien eine prozyklische Politik, welche auf dauerhaft zunehmende Ausgaben basierte, obwohl ab 2008 die Umsätze zurückgingen. So waren die antizyklischen Maßnahmen

---

<sup>17</sup> Vgl. Europa Urlaub: URL: <<http://www.europaurlaub.org/pages/rumaenien/eckdaten.php>>, verfügbar am 26.04.2012

für das Jahr 2009, welche das Land aus der Krise retten sollten, nicht umsetzbar, da die wirtschaftliche und politische Lage nicht gegeben war.

Um den finanzpolitischen Spielraum wiederherzustellen, wurden die öffentlichen Ausgaben reduziert, die Mehrwertsteuer erhöht, das Budget durch die Regierung angepasst und Gelder für Investitionen mittels Finanzierungen angeschafft. Die Behörden haben gemerkt, dass nur durch Investitionen neue Arbeitsplätze geschaffen und dadurch die Wirtschaft angekurbelt werden kann.

Rumänien wurde durch die internationalen Märkte gezwungen sein Defizit zu reduzieren, um die wirtschaftliche Stabilität aufrechtzuhalten und das Vertrauen der Finanzmärkte wiederzugewinnen.

Per Ende 2011 lag das Defizit bei 4,4% des BIP. Das Ergebnis ist entstanden durch strategische Rückzahlungen in unterschiedlichen Wirtschaftssektoren wie, z.B. im Gesundheits-, Landwirtschaft-, Tourismus-Sektor, um einen guten Start ins Jahr 2012 zu gewährleisten.

Die Währungs- und Goldreserven von Rumänien umfassten per Ende 2011 37,25 Mrd. Euro. Die Inflationsrate lag im Dezember 2011 bei 3,14 mit fallender Tendenz und der Leitzinssatz sank von 5,75 % auf 5,50%.

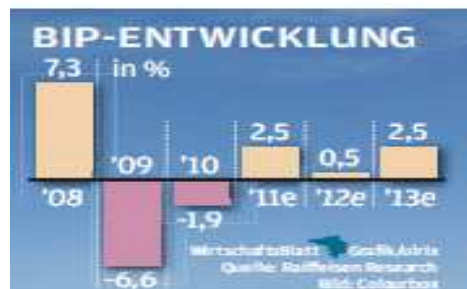
Der Wechselkurs EUR/RON blieb unter der historischen Grenze von 4,37. 2011 gab es immer wieder Schwankungen ohne grobe Auswirkungen. Rumänien hatte im letzten Jahr ein Wachstum seiner Wirtschaftsleistung von 2,5% verzeichnet.<sup>18</sup>

---

<sup>18</sup> Vgl. Rumänische Nationalbank: URL: <<http://www.bnr.ro/Publicatii-periodice-204.aspx>>, verfügbar am 30.01.2012

„Das Wachstum der Wirtschaftsleistung Rumäniens wird im kommenden Jahr gegenüber 2011 zurückgehen – wegen der eigenen drastischen Sparmaßnahmen einerseits und der Schuldenkrise in Europa andererseits werde sich das Wachstum Rumäniens von 2% im laufenden Jahr auf 0,5% in 2012 abschwächen, heißt es in der jüngsten Konjunkturprognose für den Balkanraum des britischen Wirtschaftsforschungsinstituts Economist Intelligence Unit (EIU).“<sup>19</sup>

Die Analysten vom Wirtschaftsblatt Österreich vertreten dieselbe Meinung wie das britische Wirtschaftsforschungsinstitut, siehe Abbildung 4:



**Abb. 4: BIP-Entwicklung in Rumänien (Prognose)<sup>20</sup>**

Jedoch ist dieses Wachstum zu gering, um den Lebensstandard der Rumänen deutlich zu verbessern. Ein höheres Wachstum wäre nur durch einen steigenden Konsum erzielbar und dieser kann nur dann auftreten, wenn die Löhne und Renten leicht erhöht werden.<sup>21</sup>

Die Prognose für das Jahr 2012 in Rumänien steht unterdessen auf wackeligen Beinen. Die Entwicklungen in der Schuldenkrise der Eurozone werden durch die Kontaminierungseffekte wesentlich auf die Volkswirtschaften und auf den von westeuropäischen Instituten dominierten Bankensektor in CEE (Central and Eastern Europe) einwirken. Aus diesem

<sup>19</sup>Punkto:URL:<[http://www.punkto.ro/articles/2012:\\_EIU\\_erwartet\\_in\\_Rumaenien\\_Wachstum\\_von\\_lediglich\\_0\\_5\\_-3336.html](http://www.punkto.ro/articles/2012:_EIU_erwartet_in_Rumaenien_Wachstum_von_lediglich_0_5_-3336.html)>, verfügbar am 28.02.2012

<sup>20</sup> Abb. 4: Wirtschaftsblatt: URL: <<http://digitalpaper.wirtschaftsblatt.at/>>, verfügbar am 3.4.2012

<sup>21</sup> Vgl. Biziday: URL: <<http://www.biziday.ro>>, verfügbar am 1.05.2012

Grund versucht die rumänische Regierung erneut, EU-Mittel (die bislang auf sehr niedrigem Niveau absorbiert wurden) als Puffer einzusetzen, und hat eigens einen EU-Minister ernannt. Brüssel wiederum senkte für Projekte aus den Strukturfonds die Co-Finanzierungsraten für Rumänien auf fünf Prozent. Darüber hinaus werden im Zuge einer Beihilferegulung 20 Investitionsprojekte in Rumänien mit einem Volumen von 1,1 Mrd. € von der EU mit 300 Mil. € zusätzlich unterstützt. Neben der externen Schuldenkrise hat Rumänien im Jahr 2012 noch eine innenpolitische Hürde zu nehmen: Im November wird das Parlament gewählt. Die Wahljahre waren in der Vergangenheit immer beliebte Zeiträume, das Budget ausufern zu lassen.<sup>22</sup>

## **2.2 Motivation für die Euro-Einführung**

Seit dem Beitritt im Jahre 2007 versucht Rumänien sich an die vorgegebenen Konvergenzkriterien anzunähern, um Teil der Währungsunion zu werden.

Der Beitritt zur Währungsunion würde Rumänien, so wie vielen anderen Mitgliedsländern, zahlreiche Vorteile mit sich bringen, wie z. B. die Senkung der langfristigen Zinsen, das Upgrade der Staatsbonität, den Wegfall des Wechselkursrisikos, Preisstabilität usw.

---

<sup>22</sup> Vgl. Wirtschaftsblatt: URL: <<http://digitalpaper.wirtschaftsblatt.at/>>, verfügbar am 30.01.2012

## 2.2.1 Erwartete Wirkungen des Euro



**Abb. 5: Euro-Münzen**<sup>23</sup>

Mit dem Wechselkurs fällt ein Anpassungsmechanismus zum Ausgleich asymmetrischer Schocks weg und die Abwertung zur kurzfristigen Entlastung der einheimischen Industrie ist nicht mehr möglich. Allerdings war bereits im EWS die Autonomie der Wechselkurspolitik weitgehend aufgegeben worden. Fiskal- und Lohnpolitik sind aufgefordert, die erforderliche makroökonomische Anpassung zu leisten. Wahrscheinlich ist, dass in der Übergangsphase zum Euro durch die Anpassung an die fiskalischen Konvergenzkriterien kontraktive Impulse auftreten können, während die Effizienzgewinne nach der Einführung eher positiv auf die Beschäftigung wirken dürften.

Mit dem Wegfall des Wechselkursrisikos kann auch der diesbezügliche Risikoaufschlag auf die Zinsen wegfallen, was das Wachstum begünstigt. Die Umtauschkosten bei Devisentransaktionen entfallen, wodurch der grenzüberschreitende Wirtschaftsaustausch im Binnenmarkt unterstützt wird. Die Opportunitätskosten einer Devisenvorratshaltung entfallen und durch die Vergrößerung der langfristigen Transaktionssicherheit kann eine Ausweitung

---

<sup>23</sup>Abb.5 :Österreichische Nationalbank:

URL:<[http://www.oenb.at/de/rund\\_ums\\_geld/euro/muenzen/euro-muenzen.jsp#tcm:14-157102](http://www.oenb.at/de/rund_ums_geld/euro/muenzen/euro-muenzen.jsp#tcm:14-157102)>,  
verfügbar am 26.04.2012

des internationalen Kapitalverkehrs und damit mehr Wettbewerb auf dem Kapitalmarkt mit der Folge niedriger Zinsen erwartet werden.

Der Verlust nationaler Politikautonomie kann als Nachteil gesehen werden: Die Geldpolitik kann nicht mehr in nationaler Regie und nach den Vorstellungen und Bedürfnissen einer einzelnen Volkswirtschaft gestaltet werden, sondern wird für alle Länder gleichermaßen in einer supranationalen Instanz, der EZB, bestimmt.

Die gemeinsame, unabhängige Zentralbank sollte konsequent Preisstabilität als Ziel verfolgen, so dass dies dann auch in denjenigen Mitgliedsstaaten greift, die bisher weniger Wert auf dieses Ziel gelegt haben. Der Euro bringt Preistransparenz in der EU und damit verringert er den Spielraum für internationale Preisdifferenzierung.

Durch die Notwendigkeit, übermäßige Defizite und Schulden abzubauen, wird die Handlungsfähigkeit nationaler Regierungen eingeschränkt. Mit dem Wegfall des Wechselkurses als außenwirtschaftliches Instrument hat der öffentliche Haushalt zusätzliche makroökonomische Anpassungslasten zu tragen. Der steigende internationale Standortwettbewerb wird zur Verringerung der Besteuerung führen müssen.<sup>24</sup>

---

<sup>24</sup> Vgl. Brache, Ulrich: Europäische Integration: Wirtschaft, Erweiterung und regionale Effekte, 2. Aufl., München 2008, S. 143.

## 2.2.2 Senkung der langfristigen Zinsen

„Die Entwicklung der Zinsniveaus ist von gravierender Bedeutung für die Vermögenssituation aller Wirtschaftsobjekte. Als Preise für die intertemporale Überlassung von Kaufkraft kommt den Zinsen im marktwirtschaftlichen Prozess eine Schlüsselrolle zu. So sind sie wichtige Einflussgrößen für Spar- und Investitionsentscheidungen in der Volkswirtschaft.

Ein Zusammenhang zwischen kurz- und langfristigen Zinsen kann mit Hilfe der Zinsstrukturkurve hergestellt werden, welche die Rendite in Abhängigkeit von der Restlaufzeit darstellt. Nach der Erwartungstheorie als Erklärungsansatz für die Renditestruktur setzt sich der langfristige Zinssatz als gewichtiges Mittel aus aktuellem Zinssatz und künftig erwarteten kurzfristigen Zinsen (eventuell ergänzt um einen konstanten Risikoterm) zusammen.

„25

Die auf dem Kapitalmarkt gebildeten langfristigen Zinsen hängen insbesondere von gesamtwirtschaftlichen Fundamentalgrößen wie den Inflationserwartungen und der Konjunktur ab, welche nur bedingt von der Geldpolitik beeinflussbar sind. Die langfristigen Zinsen spielen für die Finanzierung der Unternehmen und die Sparentscheidungen der Haushalte eine besondere Rolle.

Die Zentralbank kann auf die kurzfristigen Geldmarktzinsen direkt Einfluss ausüben. Die langfristigen Kapitalmarktzinsen kann sie jedoch nur indirekt über die Inflationserwartungen beeinflussen. Insofern besteht die Gefahr, dass die Wirkung einer expansiven Geldpolitik auf die langfristigen Zinsen genau entgegengesetzt ist. Sofern die Geldmengenerhöhung dauerhaft ist,

---

<sup>25</sup> Lang, Carsten: Theoretische und empirische Aspekte der Prognose wichtiger makroökonomischer Größen, 1. Aufl., Göttingen 2005, S. 10.

führen nämlich gestiegenen Inflationserwartungen über die Fischer-Gleichung zu höheren langfristigen Zinsen.

Folgende Effekte gewinnen bei der Bildung der langfristigen Zinsen an Bedeutung:

- Einkommenseffekt: d.h. infolge der Geldmengenerhöhung steigt mittel- bis langfristig das Einkommen.
- Preisniveaueffekt: d.h. infolge der Geldmengenerhöhung kann es zu einem Anstieg der Preisniveaus kommen.
- Inflationserwartungseffekt: d.h. infolge der Geldmengenerhöhung kann es zu einem Anstieg der Inflationserwartung kommen.

So steigen infolge der gestiegenen Inflationserwartungen die zukünftigen erwarteten kurzfristigen Zinsen, was nach der Erwartungstheorie der Zinsstruktur unmittelbar steigende langfristige Zinsen impliziert.<sup>26</sup>

Je tiefer der Zinssatz, desto größer das Investitionsvolumen. Außerdem stellen die langfristigen Zinsen auch Kosten für die Kreditaufnahme des Staates dar: je niedriger der Zinssatz, desto leichter wiegen Neuverschuldung und bei Umschuldungen auch der Schuldbestand im Staatshaushalt. Fallende Zinsen erweitern den finanziellen Handlungsspielraum des Staates und führen damit zu Wirtschaftswachstum.

---

<sup>26</sup> Vgl. Lang, Carsten: Theoretische und empirische Aspekte der Prognose wichtiger makroökonomischer Größen, 1. Aufl., Göttingen 2005, S. 15,16.



### 2.2.3 Upgrade der Staatsbonität

„Der Definition von Moody's zufolge ist ein Rating eine unabhängige Meinung über die künftige Fähigkeit eines Emittenten zur termingerechten Erfüllung von Zins- und Tilgungsverpflichtungen. Das Langfrustrating drückt aus, inwieweit es wahrscheinlich ist, dass ein Emittent seine Verbindlichkeiten nicht erfüllen kann. Die Unterstützung des Emittenten durch das Mutterunternehmen, den Sektor oder den Staat wird bei der Bewertung berücksichtigt.“<sup>27</sup>

Das Rating für Rumänien: <sup>28</sup>

Agentur	Fitch	Moody's	S&P
Rating	BBB-	Baa3	BB+
Bedeutung	Investmentbereich	Investmentbereich	Spekulativer Bereich

Das aktuelle Rating für Rumänien zeigt, dass das Land eine hohe Ausfallswahrscheinlichkeit aufweist und dadurch muss es für Finanzierungen dementsprechend höhere Risikoaufschläge zahlen, d.h. die Beschaffung von Kapital auf dem Kapitalmarkt ist derzeit für Rumänien sehr teuer.

Durch den Beitritt zur Währungsunion wird sich das Rating auf Dauer verbessern, da dadurch viele Risiken und Kosten abgebaut werden, wie z.B. Wechselkursrisiken und Transaktionskosten. Ein von Marktiefe und Qualität geprägter integrierter Finanzmarkt erleichtert die Finanzierung des Wirtschaftswachstums und somit die Schaffung von Arbeitsplätzen.

---

<sup>27</sup> Erste Bank Infonet: URL: <<http://infonet.s-mxs.net/home/>>, verfügbar am 6.06.2012

<sup>28</sup> Vgl. Handelsblatt: URL: <<http://www.handelsblatt.com/infografiken/infografik-wie-die-ratingagenturen-europa-bewerten/4551098.html>>, verfügbar am 05.03.2012

## **2.2.4 Wirtschaftliche Auswirkungen durch den Binnenmarkt**

Der Binnenmarkt ist nach der Definition im Vertrag:

„Ein Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gemäß den Bestimmungen dieses Vertrages gewährleistet ist.“<sup>29</sup>

Verallgemeinernd und etwas vereinfachend lässt sich sagen, dass der Binnenmarkt als Markt, in dem europaweit in den wesentlichen Punkten einheitliche und daher möglichst wettbewerbsneutrale rechtliche Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten gelten sollen, durch ein abgestuftes System von Liberalisierungs- und Harmonisierungsmaßnahmen verwirklicht wird.<sup>30</sup>

„Um auf die Integrationsstufe eines Binnenmarktes mit den genannten vier Freiheiten gelangen zu können, mussten erst einmal die nötigen Voraussetzungen hergestellt werden. Mit dem Inkrafttreten der Zollunion im Jahr 1968 wurden interne Handelsbeschränkungen in Form von Zöllen abgeschafft und die Erhebung einheitlicher Außenzölle festgelegt. Wenn man sich auch über das Ziel eines gemeinsamen Marktes einig war, so fehlten dennoch genaue Regelungen, wie dieser Binnenmarkt zu realisieren sei. Im Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte, die 1987 als Zusatzvertrag zu den Gründungsverträgen in Kraft trat und den Integrationsprozess weiter vorantrieb, wurde diese

---

<sup>29</sup> Art. 14 Abs. 2 EGV

<sup>30</sup> Vgl. Griller, Stefan; Kneihls Benjamin; Madner, Verena; Potacs, Michael: Wirtschaftsverfassung und Binnenmarkt, Wien 2010, S. 16.

Lücke mit den sogenannten Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes geschlossen. Darin werden knapp 300 Maßnahmen aufgelistet, die dem Abbau von nichttarifären Handelsschranken dienen. Die „Binnenmarktbibel“ befasst sich somit mit materiellen, technischen und steuerlichen Schranken, die die Realisierung der vier Freiheiten behindern.<sup>31</sup>

Die **Binnenmarkteffekte** können auf unterschiedlichen Ebenen betrachtet werden. Zu den wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Effekten zählen:

- ein Sinken der Preisaufschläge auf die Kosten auf Grund der Wirkungen des Preiswettbewerbs
- ein Anstieg der gesamten Faktorproduktivität wegen der gestiegenen Effizienz auf dem Binnenmarkt infolge von Liberalisierung/ Deregulierung und Privatisierung
- Schaffung von neuen Arbeitsplätzen durch die Öffnung der Grenzen
- Erhöhung des Wohlstandes in den EU-Raum
- Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von EU-Unternehmen auf dem Weltmarkt.
- Steigerung der wirtschaftlichen Attraktivität Europas für ausländische Investoren

## **1. Vorteile für die Verbraucher**

- ein breiteres Angebot an hochwertigen Waren und Dienstleistungen
- Senkung der Preise für Waren und Lebensmitteln dank der Öffnung der nationalen Märkte

---

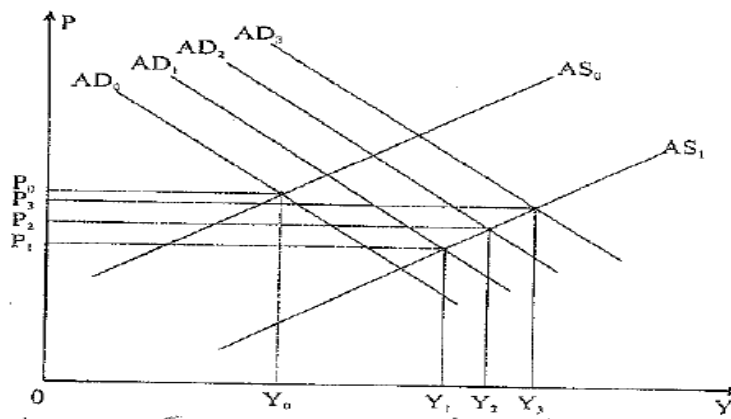
<sup>31</sup>Heiz-Dieter, Arnold; Wenzel, Heertje: Grundlagen der Volkswirtschaftslehre, 6 Aufl. ,Berlin 2001, S. 496,497.

- niedrigere Telekommunikationsgebühren
- günstigere Flugtarife
- Niederlassungsfreiheit
- voller Verbraucherschutz außerhalb des Heimatlandes

## 2. Vorteile für die Unternehmen

- Der Wegfall von Grenzformalitäten hat die Lieferfristen verkürzt und die Kosten verringert.
- neue Exportmärkte für kleine und mittlere Unternehmen
- Teilnahme an Ausschreibungen von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen durch öffentliche Auftragsgeber aus den anderen Mitgliedstaaten
- KMU profitieren von niedrigeren Strom- und Gaspreisen in Mitgliedstaaten<sup>32</sup>

Die makroökonomische Wirkungsweise des Binnenmarktes kann annäherungsweise grafisch wie folgt interpretiert werden:



**Abb. 6: Makroökonomische Effekte des Binnenmarktes<sup>33</sup>**

„Im Schnittpunkt von aggregierter Angebots- ( $AS_0$ ) und aggregierter Nachfragekurve ( $AD_0$ ) ist das makroökonomische

<sup>32</sup> Vgl. Breuss, Fritz: Reale Außenwirtschaft und Europäische Integration, Frankfurt am Main 2003, S. 390, 391, 392, 393, 394.

<sup>33</sup> Abb. 6: Hansen-Heinrich- Nielson, 1992, S. 208.

Ausgangsgleichgewicht der gesamten EU bei einem realen BIP ( $Y_0$ ) und einem Preisniveau ( $P_0$ ) gegeben. Durch die Schaffung des Binnenmarktes werden sowohl die Angebots- als auch die Nachfragebedingungen geändert. Angebotsseitig verursacht der Binnenmarkt Effizienzsteigerungen (Produktivitätszuwächse durch mehr Wettbewerb, Ausnützung von economies of scale), die die aggregierte Angebotskurve nach außen, von  $AS_0$  nach  $AS_1$  verschiebt. Nachfrageseitig gibt es mehrere stimulierende Effekte:

1. Die Beseitigung aller technischen (Beseitigung der Grenzkontrollen) und steuerlichen (Harmonisierung – zumindest bei indirekten Steuern) Schranken stimuliert den Intra-EU-Handel.
2. Die Liberalisierung der Finanzdienstleistungen sollte die Investitionsnachfrage stimulieren, weil die Fremdkapitalaufnahme billiger wird (dieser Effekt wird noch verstärkt durch die Einführung des Euro).
3. Der verschärfte Wettbewerb führt zu einem Kampf um Marktanteile, was stimulierend auf Investitionen wirken sollte.

Alles in allem führen diese Effekte dazu, dass die aggregierte Nachfragekurve nach rechts, von  $AD_0$  nach  $AD_1$  verschoben wird. Durch den Anstieg von Angebot und Nachfrage wird eindeutig das reale BIP gesteigert. „<sup>34</sup>

---

<sup>34</sup>Breuss, Fritz: Reale Außenwirtschaft und Europäische Integration, Frankfurt am Main 2003, S. 377.

## **2.3 Offene Anforderungen zum Euro-Beitritt**

Der Gliederungspunkt 2.3 wird in drei Untergebiete unterteilt.

Im Gliederungspunkt 2.3.1 erfolgt eine ausführliche Betrachtung hinsichtlich der Erfüllung der Konvergenzkriterien in Rumänien im Referenzzeitraum von April 2011 bis März 2012.

Der Punkt 2.3.2 betrachtet das Thema „Politische Stabilität“ in Rumänien und deren Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Sektor.

Im dritten und letzten Teil wird unter 2.3.3 die Korruptionsbekämpfung ausgewertet.

### **2.3.1 Erfüllung der Konvergenzkriterien**

Um den Stand der wirtschaftlichen Konvergenz in den neuen untersuchten Mitgliedstaaten, darunter auch Rumänien, zu prüfen, verwendet die EZB ein einheitliches Analyseschema, das separat auf die einzelnen Länder angewandt wird. Dieses Analyseschema stützt sich zum einen auf die Bestimmungen des Vertrags und deren Anwendung durch die EZB in Bezug auf die Entwicklung der Preise der Finanzierungssalden und Schuldenquoten, der Wechselkurse und der langfristigen Zinssätze sowie auf andere einschlägige Faktoren.<sup>35</sup>

Seit dem letzten Konvergenzbericht der EZB vom Mai 2010 hat sich die Konjunktur im Jahr 2011 im Schnitt in allen untersuchten Ländern, darunter auch in Rumänien, erholt. In Rumänien blieb die Produktion im Jahr 2011 unter ihrem Stand vor der Krise. Im zweiten Halbjahr 2011 verschlechterten sich die gesamtwirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen. Grund hierfür waren vom Euroraum ausgehenden Ansteckungseffekte, die über Handels- und Finanzkanäle die Auswirkungen bestimmter Ungleichgewichte und sonstiger Schwächen der nationalen Volkswirtschaft verstärkten. In Rumänien signalisierten diese Schwachpunkte die Notwendigkeit weiterer Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und Strukturreformen zur Schaffung eines Umfeldes, das einem nachhaltigen Produktions- und Beschäftigungswachstum auf mittlere Sicht zuträglich ist. Größere Spannungen und eine gestiegene Volatilität an den Finanzmärkten führten insgesamt zu sinkenden Aktienkursen sowie höheren Kreditausfallswap-Prämien und Zinsaufschlägen. Daraus wird ersichtlich, dass sich die Staatsschuldenkrise im Eurogebiet auf Rumänien stark ausgewirkt hat. Der Druck an den Finanzmärkten war in Volkswirtschaften wie Rumänien mit deutlichen Schwachstellen, etwa einer hohen Staatsverschuldung und erheblichen Defizitquoten, hohen Schulden des privaten Sektors und einer starken Auslandverschuldung, Währungsinkongruenzen in der

---

<sup>35</sup> Vgl. EZB: URL: <<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201005de.pdf>>, verfügbar am 23.04.2012

volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Verkrustungen am Arbeitsmarkt, einer schlechten Qualität der laufenden Bankkredite sowie schwachen Institutionen besonders stark.<sup>36</sup>

### **Das Kriterium der Preisstabilität:**

„Das in Artikel 140 Absatz 1 erster Gedankenstrich des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union genannte Kriterium der Preisstabilität bedeutet, dass der Mitgliedstaat eine anhaltende Preisstabilität und eine während des letzten Jahres vor der Prüfung gemessene durchschnittliche Inflationsrate aufweisen muss, die um nicht mehr als 1 ½ Prozentpunkte über der Inflationsrate jener - höchstens der i- Mitgliedstaaten liegt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben. Die Inflation wird anhand des Verbraucherpreisindex auf vergleichbarer Grundlage unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Definitionen in den einzelnen Mitgliedstaaten gemessen.“<sup>37</sup>

Im zwölfmonatigen Referenzraum von April 2011 bis März 2012 betrug der Referenzwert für das Kriterium der Preisstabilität 3,1%. Zur Berechnung des Referenzwerts wurde zum arithmetischen Mittel, der im diesem Zeitraum gemessenen HVPI-Inflationsraten von Schweden 1,3%, Irland 1,4% und Slowenien 1,2%, 1,5 Prozentpunkte dazu addiert und daraus resultierte der Wert von 3,1%. In vielen EU-Ländern überschritt die HVPI-Inflation den Referenzwert von 3,1% deutlich, aber die größte Abweichung war in Rumänien mit 4,6% zu verzeichnen (siehe Abbildung 7).

---

<sup>36</sup> Vgl. EZB: URL: <<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201205de.pdf>>, verfügbar am 5.07.2012

<sup>37</sup> EZB: URL: <<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201005de.pdf>>, verfügbar am 23.04.2012



		Preisstabilität	Öffentliche Finanzen			Wechselkurs		Langfristiger Zinssatz
		HVPI-Inflation <sup>1)</sup>	Land mit übermäßigem Defizit <sup>2,3)</sup>	Finanzierungssaldo des Staates <sup>4)</sup>	Bruttoverschuldung des Staates <sup>4)</sup>	Am WKM II teilnehmende Währung <sup>5)</sup>	Wechselkurs gegenüber dem Euro <sup>6)</sup>	Langfristiger Zinssatz <sup>7)</sup>
Bulgarien	2010	3,0	Nein	-3,1	16,3	Nein	0,0	6,0
	2011	3,4	Ja	-2,1	16,3	Nein	0,0	5,4
	2012	2,7 <sup>1)</sup>	Ja <sup>3)</sup>	-1,9	17,6	Nein <sup>5)</sup>	0,0 <sup>5)</sup>	5,3 <sup>6)</sup>
Tschechische Republik	2010	1,2	Ja	-4,8	38,1	Nein	4,4	3,9
	2011	2,1	Ja	-3,1	41,2	Nein	2,7	3,7
	2012	2,7 <sup>1)</sup>	Ja <sup>3)</sup>	-2,9	43,9	Nein <sup>5)</sup>	-1,8 <sup>1)</sup>	3,5 <sup>6)</sup>
Lettland	2010	-1,2	Ja	-8,2	44,7	Ja	-0,4	10,3
	2011	4,2	Ja	-3,5	42,6	Ja	0,3	5,9
	2012	4,1 <sup>1)</sup>	Ja <sup>3)</sup>	-2,1	43,5	Ja <sup>5)</sup>	1,1 <sup>1)</sup>	5,8 <sup>6)</sup>
Litauen	2010	1,2	Ja	-7,2	38,0	Ja	0,0	5,6
	2011	4,1	Ja	-5,5	38,5	Ja	0,0	5,2
	2012	4,2 <sup>1)</sup>	Ja <sup>3)</sup>	-3,2	40,4	Ja <sup>5)</sup>	0,0 <sup>5)</sup>	5,2 <sup>6)</sup>
Ungarn	2010	4,7	Ja	-4,2	81,4	Nein	1,7	7,3
	2011	3,9	Ja	4,3	80,6	Nein	-1,4	7,6
	2012	4,3 <sup>1)</sup>	Ja <sup>3)</sup>	-2,5	78,5	Nein <sup>5)</sup>	-6,1 <sup>1)</sup>	8,0 <sup>6)</sup>
Polen	2010	2,7	Ja	-7,8	54,8	Nein	7,7	5,8
	2011	3,9	Ja	-5,1	56,3	Nein	-3,2	6,0
	2012	4,0 <sup>1)</sup>	Ja <sup>3)</sup>	-3,0	55,0	Nein <sup>5)</sup>	-2,4 <sup>3)</sup>	5,8 <sup>6)</sup>
Rumänien	2010	6,1	Ja	-6,8	30,5	Nein	0,7	7,3
	2011	5,8	Ja	-5,2	33,3	Nein	-0,6	7,3
	2012	4,6 <sup>1)</sup>	Ja <sup>3)</sup>	-2,8	34,6	Nein <sup>5)</sup>	-2,8 <sup>1)</sup>	7,3 <sup>6)</sup>
Schweden	2010	1,9	Nein	0,3	39,4	Nein	10,2	2,9
	2011	1,4	Nein	0,3	38,4	Nein	5,3	2,6
	2012	1,3 <sup>1)</sup>	Nein <sup>3)</sup>	-0,3	35,6	Nein <sup>5)</sup>	1,9 <sup>3)</sup>	2,2 <sup>6)</sup>
Referenzwert <sup>7)</sup>		3,1 %		-3,0 %	60,0 %			5,8 %

Quellen: Europäische Kommission (Eurostat) und EZB.  
1) Durchschnittliche Veränderung gegen Vorjahr in %. Die Angaben für 2012 beziehen sich auf den Zeitraum von April 2011 bis März 2012.  
2) Bezieht sich darauf, ob zumindest für einen Teil des Jahres ein Beschluss des Rates vorlag, wonach in diesem Land ein übermäßiges Defizit bestand.  
3) Die Daten für 2012 beziehen sich auf den Zeitraum bis zum Stichtag der Statistiken des Berichts (30. April 2012).  
4) In % des BIP. Die Angaben für 2012 stammen aus der Frühjahrsprognose 2012 der Europäischen Kommission.  
5) Durchschnittliche Veränderung gegen Vorjahr in %. Die Angaben für 2012 werden als prozentuale Abweichung des Durchschnitts des Zeitraums vom 1. Januar 2012 bis zum 30. April 2012 vom Durchschnitt des Jahres 2011 berechnet. Eine positive (negative) Zahl zeigt eine Aufwertung (Abwertung) gegenüber dem Euro an.  
6) Durchschnittlicher Jahreszinssatz. Die Angaben für 2012 beziehen sich auf den Zeitraum von April 2011 bis März 2012.  
7) Für die HVPI-Inflation und den langfristigen Zinssatz bezieht sich der Referenzwert auf den Zeitraum von April 2011 bis März 2012, für den Finanzierungssaldo des Staates und die Verschuldung des Staates auf das Jahr 2011.

**Abb. 7: Überblick über die Indikatoren der wirtschaftlichen Konvergenz<sup>38</sup>**

In der Entwicklung der Teuerungsraten in Rumänien spiegelten sich die bestehenden makroökonomischen Bedingungen wider. Mit dem Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise endete ein bis 2008 anhaltendes robustes Wirtschaftswachstum, das in erheblichem gesamtwirtschaftlichem

<sup>38</sup> Abb. 7: EZB: URL: <<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201205de.pdf>>, verfügbar am 31.05.2012

Ausmaß zur Korrektur einiger dieser Ungleichgewichte führte. Ein abrupter Konjunkturabschwung trug in unterschiedlichem Maße zur Korrektur einiger dieser Ungleichgewichte bei. In den letzten Jahren hat sich das wirtschaftliche Wachstum in Rumänien einigermaßen verbessert, wenngleich die Wirtschaftstätigkeit noch nicht wieder den vor der Krise verzeichneten Stand erreicht hat. Der Beitrag der Inlandsnachfrage zum Wirtschaftswachstum hat sich zwar erholt, doch wird der Erholungsprozess noch immer durch eine relativ schwache Arbeitsmarktlage und die notwendige Haushaltskonsolidierung gebremst. Die Teuerung in den letzten Jahren in Rumänien wurde auch durch einige im Rahmen der Haushaltskonsolidierung getroffenen Maßnahmen wie etwa in Bezug auf indirekte Steuern, administrierte Preise und Verbrauchersteuern beeinflusst. Die Inflationsentwicklung wurde zusätzlich durch die Erhöhung der Energie- und Nahrungsmittelpreise stark beeinflusst und das zeigt die hohe Empfindlichkeit Rumänien's Volkswirtschaft gegenüber den Rohstoffpreisänderungen.

Die Prognosen wichtiger internationaler Institutionen wiesen drauf hin, dass die durchschnittliche jährliche Teuerung für 2012 und 2013 weitgehend stabil bleiben oder zurückgehen dürfte. Dennoch ist die Preisentwicklung sowohl Aufwärts- als auch Abwärtsrisiken unterworfen. Einerseits stellen Änderungen der Weltmarktpreise für Rohstoffe ein großes Aufwärtsrisiko für die Inflation in Rumänien dar, andererseits können weitere Erhöhungen der indirekten Steuern und administrierten Preise im Rahmen notwendiger Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung den Preisdruck in den kommenden Jahren verschärfen.

Für eine dauerhafte Preisstabilität bedarf es der Verfolgung einer stabilitätsorientierten Geldpolitik. Zudem sind für Rumänien dringende weitere finanzpolitische Maßnahmen notwendig, um ein der Preisstabilität förderliches Umfeld zu schaffen, zu wahren und zu stärken.<sup>39</sup>

---

<sup>39</sup> Vgl. EZB: URL: <<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201205de.pdf>>, verfügbar 06.06.2012

## **Das Kriterium der öffentlichen Finanzen:**

„Das in Artikel 140 Absatz 1 zweiter Gedankenstrich des genannten Vertrags genannte Kriterium der Finanzlage der öffentlichen Hand bedeutet, dass zum Zeitpunkt der Prüfung kein Beschluss des Rates nach Artikel 126 Absatz 6 des genannten Vertrags vorliegt, wonach in dem betreffenden Mitgliedstaat ein übermäßiges Defizit besteht.“<sup>40</sup>

Laut dem Konvergenzbericht per Mai 2012 besteht für Rumänien ein übermäßiges Defizit. Als Frist für dessen Beseitigung wurde Rumänien das Jahr 2012 gesetzt. Das Haushaltsdefizit per 2011 lag in Rumänien über dem Referenzwert von 3% des BIP, wenngleich es im Vorjahrvergleich rückläufig war. Rumänien, das 2011 noch finanzielle Unterstützung im Rahmen von Hilfsprogrammen der EU und des IWF erhielt, setzte seinen strikten Konsolidierungskurs fort und daher blieb die Schuldenquote Rumäniens unter 40% des Referenzwertes.

Rückblickend betrachtet, verzeichnete Rumänien von 2002 bis 2011 eine erhebliche Ausweitung des öffentlichen Schuldstandes in Relation zum BIP von 8,4 Prozentpunkten.

Für 2012 rechnet die Europäische Kommission damit, dass die Schuldenquote in Rumänien ansteigen, aber unter dem Referenzwert von 60% bleiben wird.

Ein striktes finanzpolitisches Regelwerk sollte zur Haushaltskonsolidierung beitragen, ein Entgleiten des Ausgabenwachstums begrenzen und gleichzeitig ein erneutes Auftreten gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte verhindern. Insgesamt sollten

---

<sup>40</sup> EZB: URL: <<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201005de.pdf>>, verfügbar am 23.04.2012

derartige Strategien in umfassende Strukturreformen eingebettet werden, um das Wachstumspotential zu steigern.<sup>41</sup>

### **Das Wechselkurskriterium:**

„Das in Artikel 140 Absatz 1 dritter Gedankenstrich des genannten Vertrags genannte Kriterium der Teilnahme am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems bedeutet, dass ein Mitgliedstaat die im Rahmen des Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems vorgesehenen normalen Bandbreiten zumindest in den letzten zwei Jahren vor der Prüfung ohne starke Spannungen eingehalten haben muss. Insbesondere darf er den bilateralen Leitkurs seiner Währung innerhalb des gleichen Zeitraums gegenüber dem Euro nicht von sich aus abgewertet haben.“<sup>42</sup>

Die Vereinbarung zur Teilnahme am Wechselkursmechanismus II (WKM II) beruhen auf einer Reihe politischer Zusagen der zuständigen Behörden, etwa bezüglich der Verfolgung einer soliden Finanzpolitik, der Förderung einer moderaten Lohnentwicklung, der Begrenzung des Kreditwachstums und der Umsetzung weiterer Strukturreformen. Da Rumänien diese Vereinbarungen nur zum Teil erfüllt hat, nahm der rumänische Leu nicht an WKM II teil.

Von Mitte 2010 bis Anfang 2011 wertete sich der rumänischer Leu im Verhältnis zum Euro schrittweise auf, da sich die Stimmung an den weltweiten Finanzmärkten verbesserte, die Wachstumsdynamik robust war und recht große positive Zinsdifferenzen gegenüber Vermögenswerten des Euroraums zu verzeichnen waren.

---

<sup>41</sup> Vgl. EZB: URL: <<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201205de.pdf>>, verfügbar 06.06.2012

<sup>42</sup> EZB: URL: <<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201005de.pdf>>, verfügbar am 23.04.2012

Anfang 2011 wurde das über zwei Jahre laufende internationale Finanzhilfepaket, das zum Beginn des Jahres 2009 für Rumänien vereinbart worden war, durch ein vorsorgliches internationales Finanzhilfepaket abgelöst. Die internationalen Finanzhilfeprogramme für Rumänien förderten die Reduzierung von Schwachstellen im Finanzsystem und könnten so auch dazu beigetragen haben, den Druck auf die Wechselkurse zu mindern.

Angesichts der erneuten Spannungen an einigen Staatsanleihenmärkten des Eurogebiets sowie einer drastischen Zunahme der weltweiten Risikoscheu, aber auch wegen sich eintrübender Konjunkturaussichten gab der rumänische Leu ab der zweiten Jahreshälfte 2011 deutlich nach.<sup>43</sup>

### **Das Kriterium des langfristigen Zinssatzes:**

„Das in Artikel 140 Absatz 1 vierter Gedankenstrich des genannten Vertrags genannte Kriterium der Konvergenz der Zinssätze bedeutet, dass im Verlauf von einem Jahr vor der Prüfung in einem Mitgliedstaat der durchschnittliche langfristige Nominalzinssatz um nicht mehr als 2 Prozentpunkte über dem entsprechenden Satz in jenen - höchstens drei – Mitgliedstaaten liegt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben. Die Zinssätze werden anhand langfristiger Staatsschuldverschreibungen oder vergleichbarer Wertpapiere unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Definitionen in den einzelnen Mitgliedstaaten gemessen.“<sup>44</sup>

Die Entwicklung an den Märkten für langfristige Anleihen stand im Zeichen der generellen Neubewertung der Risiken, zu der es in erster Linie infolge der Staatsschuldenkrise im Eurogebiet und aufgrund

---

<sup>43</sup> Vgl. EZB: URL: <<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201205de.pdf>>, verfügbar 06.06.2012

<sup>44</sup> EZB: URL: <<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201005de.pdf>>, verfügbar am 23.04.2012

länderspezifischer Faktoren kam. Die Differenz der Langfristzinsen gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Währungsgebiets ging in Rumänien zurück. Grund hierfür war unter anderem ein Anstieg der Kreditrisikoprämien in einigen Ländern des Eurogebiets, der den Durchschnitt des Euroraums nach oben zog.

Im zwölfmonatigen Referenzzeitraum von April 2011 bis März 2012 betrug der Referenzwert für den langfristigen Zinssatz 5,8%. Dieser Wert wurde ermittelt, indem zum ungewichteten arithmetischen Mittel der langfristigen Zinssätze zweier der drei EU-Länder, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben – nämlich Schweden 2,2% und Slowenien 5,4% - zwei Prozentpunkte hinzuaddiert wurden. Die Langfristzinsen beliefen sich im Referenzzeitraum in Rumänien durchschnittlich auf 7,3%. Die Zinsdifferenz gegenüber dem Durchschnitt des Euroraums betrug im Fall Rumäniens durchschnittlich rund 2,8 Prozentpunkte (bzw. 4,4 Prozentpunkte gegenüber der Rendite langfristiger Anleihen der Euroraums mit AAA-Rating).<sup>45</sup>

---

<sup>45</sup> Vgl. EZB: URL: <<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201205de.pdf>>, verfügbar 06.06.2012

## 2.3.2 Politische Stabilität

Ein Misstrauensvotum der Opposition hat am 27.04.2012 die rumänische Regierung in Bukarest zu Fall gebracht. Das Parlament stimmte mit deutlicher Mehrheit für einen Misstrauensantrag der Oppositionsparteien PSD (Sozialisten) und PNL (Liberale): 235 Parlamentarier stimmten dafür, 9 dagegen, 4 Stimmen waren ungültig. Dieses Votum kam zustande, weil in den vergangenen Wochen zahlreiche Parlamentarier der in den Umfragen abgestürzten Regierungspartei PDL zur Opposition übergelaufen waren.

Sieben Monate vor den für November geplanten Parlamentswahlen muss Präsident Traian Basescu nun zum zweiten Mal in einem Jahr einen neuen Ministerpräsidenten mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragen. Erst Anfang Februar 2011 war die Vorgängerregierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Emil Boc zurückgetreten.

Der Regierungswechsel trifft Rumänien inmitten seiner Bemühungen, in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Union die Folgen der weltweiten Finanzkrise in den Griff zu bekommen. Razvan Ungureanu (Ministerpräsident von Februar bis April 2012) hatte vor der Abstimmung gewarnt, das Misstrauensvotum könne nur "zu Destabilisierung führen" und beschädige Rumäniens Ansehen als verlässlicher Partner in der EU. <sup>46</sup>

---

<sup>46</sup> Vgl. Spiegel: URL: <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,830224,00.html>>, verfügbar am 30.04.2012



**Abb. 8: Wechselkurs EUR/RON am 27.04.2012  
(Misstrauensvotum)<sup>47</sup>**

Wie die oben angeführte Abbildung zeigt, hatte das Misstrauensvotum eine große Auswirkung auf den Wechselkurs und das war der Anfang einer turbulenten Wechselkursvolatilität, die dann auch von anderen Faktoren wie z.B. der Euro-Krise in Griechenland, dem Syrien-Konflikt, der Öl-Preis-Steigerungen stark beeinflusst wurde (siehe Grafik unten). Trotz vieler Bemühungen seitens BNR ist der Kurs von Woche zu Woche gestiegen und die Prognosen deuten auf weitere Steigerungen hin.



**Abb. 9: EUR/RON Wechselkurs (März-Mai 2012)<sup>48</sup>**

<sup>47</sup> Abb. 8: Biziday: URL: <<http://www.biziday.ro/2012/04/27/motiunea-deranjeaza-cursul/>>, verfügbar am 30.04.2012

<sup>48</sup> Abb. 9: Finanzen: URL: <<http://www.finanzen.net/devisen/euro-leu-kurs>>, verfügbar am 4.06.2012



### **2.3.3 Korruptionsbekämpfung**

Ein neues Maßnahmenpaket soll die EU-Länder dazu anhalten, entschlossener gegen Korruption vorzugehen. Vier von fünf EU-Bürgern sind der Meinung, dass Korruption ein großes Problem in ihrem Land ist. Dies zeigt, dass es eines größeren politischen Willens zur Bekämpfung dieser Straftat bedarf, um wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Schaden abzuwenden. Bestechungs- und Schmiergelder sowie illegale Zahlungen von Einzelpersonen, Unternehmen und organisierter Kriminalität unterlaufen den demokratischen Prozess, behindern das ordnungsgemäße Funktionieren der Wirtschaft und lassen „den Ehrlichen dumm dastehen.“

In allen EU-Ländern gibt es Rechtsvorschriften gegen Korruption - die Umsetzung erfolgt jedoch zum Teil sehr unterschiedlich. Um dem zu begegnen, haben die EU-Länder der Kommission den politischen Auftrag erteilt, einen gemeinsamen Ansatz zur Korruptionsbekämpfung zu entwickeln. Dabei geht es zunächst um regelmäßige Bewertungen, mit denen der Fortschritt der Länder bei der Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption überwacht werden soll. Diese Berichte sollen ab 2013 alle zwei Jahre veröffentlicht werden und vervollständigen die von anderen internationalen Einrichtungen publizierten Berichte.

#### **Weitere Vorschläge:**

- Überarbeitung der EU-Vorschriften, um die Einziehung von Erträgen aus Straftaten zu vereinfachen und sicherzustellen, dass nationale Gerichte Einziehungsentscheidungen EU-weit vollstrecken können
- Modernisierung der Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen sowie für Rechnungslegungsstandards und gesetzliche Abschlussprüfungen für EU-Unternehmen
- Verbesserung der strafrechtlichen Finanzermittlungen und der Verbrechensstatistiken in den einzelnen Ländern

- Ausweitung der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit und Verbesserung der Schulung von Mitarbeitern der Strafverfolgungsbehörden
- Entwicklung einer besseren Strategie zur Bekämpfung des Missbrauchs von EU-Geldern
- höhere Anforderungen bei der Korruptionsbekämpfung an Länder, die der EU beitreten möchten
- strengere Bedingungen bei der Vergabe von Finanzhilfen an andere Länder
- engere Zusammenarbeit mit EU-Agenturen wie Europol und dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF). <sup>49</sup>

---

<sup>49</sup> Vgl. Europa: URL: <[http://ec.europa.eu/news/justice/110606\\_de.htm](http://ec.europa.eu/news/justice/110606_de.htm)>, verfügbar am 30.04.2012

### **3        Schluss**

In den nachfolgenden Punkten zieht die Verfasserin abschließend ein Resümee zur Diplomarbeit.

Zunächst werden die Ergebnisse der einzelnen Unterpunkte zusammenfassend aufgeführt. Hierbei erfolgt eine Anlehnung an die analysierten Themen aus dem Gliederungspunkt 2.3 „Offene Anforderungen zum Euro-Beitritt“.

Weiterhin möchte die Autorin unter „Maßnahmen“ einen Ausblick in die Zukunft Rumäniens geben. In diesem Zusammenhang werden unter anderem mögliche zusätzliche Entwicklungsschritte kurz angesprochen.

Aus den dargelegten Maßnahmen resultieren Konsequenzen, welche im Punkt 3.3 aufgeführt sind.

### 3.1 Ergebnisse

Wirtschaftlich betrachtet hat sich in Rumänien einerseits die Inflation aufgrund der stabilisierten Preise für Nahrungsmittel und Services (die Jahresteuersatzrate beträgt den zweiten Monat in Folge 1,8%) halbiert, andererseits bleibt das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2012 hinter den Erwartungen zurück. Verglichen mit der Vorjahrsperiode ist die Wirtschaft des Landes um 0,3% gewachsen, aber diese Steigerung ist geringer ausgefallen als erwartet.

Analysten glauben, dass der Leu weiter abgewertet wird. Rumänien hat bekanntlich infolge der Krise die Währung stark abgewertet. Das hat den Export angekurbelt, gleichzeitig fehlte das Geld für Importe. Im Endergebnis ist das hohe Leistungsbilanzdefizit zurückgegangen.

Rumäniens Inflation gehörte 2011 zu den am stärksten steigenden Teuerungen in der EU. Seit sechs Monaten gibt es den Trend zum Gegenteil. Mit 1,8% ist nun der niedrigsten Stand seit zwei Jahrzehnten erreicht (siehe Abbildung 10). Der Leitzins liegt bei 5,25%. Die 4%-Marke sollte heuer aber nicht überschritten werden, laut den Einschätzungen der Rumänischen Nationalbank.



**Abb. 10: Rumänien Inflation<sup>50</sup>**

<sup>50</sup> Abb. 10: Wirtschaftsblatt: URL:

<<http://digitalpaper.wirtschaftsblatt.at/?token=c9aQyNMAqai67IMdJ0CgJAoAR18787>>, verfügbar am 12.06.2012

Die Arbeitslosigkeit liegt derzeit bei rund 7,5%, dem höchsten Stand seit 2008.<sup>51</sup>

Zusätzlich sieht sich Rumänien mit einer steigenden Emigration konfrontiert, welche die Wirtschaft des Landes schwer belastet. Seit den 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts haben geschätzte 3,5 Mil. Rumänen das Land verlassen. Einer der ausschlaggebenden Gründe, die Emigration zu wählen, ist der im Vergleich höhere Lohn im Ausland. Die rumänische Gesellschaft und Wirtschaft ist derzeit von der hohen Abwanderung von Fachkräften sowie von der hohen Rate an Schulabbrechern stark betroffen.

Im Bereich der Wirtschaft sehen Unternehmen die größte Problemen in fehlenden Investitionen und in der Korruption (siehe Abbildung 11).<sup>52</sup>



**Abb. 11: Rumänien und seine Probleme<sup>53</sup>**

<sup>51</sup> Vgl. Wirtschaftsblatt: URL:

<<http://digitalpaper.wirtschaftsblatt.at/?token=c9aQyNMAqai67IMdJ0CgJAoAR18787>>, verfügbar am 12.06.2012

<sup>52</sup> Vgl. Wirtschaftsblatt: URL:

<<http://digitalpaper.wirtschaftsblatt.at/?token=PVze88aYIzNloLLAOkg1OuVtS18787>>, verfügbar am 11.06.2012

## 3.2 Maßnahmen

Bei der Untersuchung der Einhaltung der Konvergenzkriterien ist von zentraler Bedeutung, ob diese dauerhaft und nicht nur kurzfristig eingehalten werden. Für eine erfolgreiche wirtschaftliche Integration ist eine dauerhafte Anpassung der Politik notwendig. Laut dem Konvergenzbericht der EZB per Mai 2012 sind folgende Maßnahmen von Bedeutung:

Um die Wettbewerbfähigkeit zu stützen, sind nach wie vor ein verhaltenes Lohnwachstum und die Förderung der Produktivität unerlässlich.

Um zu einem kräftigen, ausgeglichenen und nachhaltigen Wachstum beizutragen, muss Rumänien das Problem des Auseinanderklaffens von Qualifikationsangebot und –nachfrage am Arbeitsmarkt lösen, sowie die Erwerbsbeteiligung fördern, wobei das Hauptaugenmerk auf handelbaren Waren und Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung liegen sollte. Dies dürfte den vorhandenen Arbeitskräftemangel abfedern und den Beitrag des Exportsektors zum Wachstum in den kommenden Jahren steigern.

In Rumänien sind Verbesserungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Maßnahmen zur Stärkung des Steuerungsrahmens sowie zur Verbesserung der Qualität der Institutionen erforderlich, um ein höheres nachhaltiges Produktionswachstum zu fördern und die Widerstandsfähigkeit der Volkswirtschaft gegen länderspezifische Schocks zu stärken.

Im Hinblick auf den Finanzsektor ist von grundlegender Bedeutung, den Bankensektor - und insbesondere die Risiken, die aus dem Engagement der Banken in anderen Ländern sowie aus relativ hohen Fremdwährungskrediten erwachsen – möglichst genau zu beobachten. Außerdem sollten Märkte geschaffen werden, auf denen sich Banken in Landeswährung vornehmlich über längere Laufzeiten refinanzieren können.

---

<sup>53</sup> Abb. 12: Wirtschaftsblatt: URL  
<<http://digitalpaper.wirtschaftsblatt.at/?token=Pvze88aYIzNloLLAOkg1OuVtS18787>>, verfügbar am 11.06.2012

Die stärkere Konvergenz der Einkommen dürfte zu einem zusätzlichen Aufwärtsdruck auf die Preise oder die nominalen Wechselkursen (oder beides) führen. Daher ist die nachgewiesene Fähigkeit, Preisstabilität zu erreichen und auf Basis stabiler Wechselkurse gegenüber dem Euro langfristig zu gewährleisten, für die Beurteilung einer dauerhaften wirtschaftlichen Konvergenz nach wie vor unabdingbar.

Dauerhafte Anpassungen der Politik sind vonnöten, um ein erneutes Auftreten makroökonomischer Ungleichgewichte zu verhindern. Ein solches Risiko besteht vor allem, wenn die Konvergenz der Einkommen mit einem erneuten starken Kreditwachstum und einem Anstieg der Preise für Vermögenswerte – etwa aufgrund niedriger oder negativer realer Zinssätze – einhergeht.

Den prognostizierten demografischen Veränderungen, die sich den Erwartungen zufolge rasch vollziehen werden und erheblich sein dürften, muss beispielweise durch eine verantwortungsvolle und zukunftsgerichtete Finanzpolitik entgegengewirkt werden.<sup>54</sup>

---

<sup>54</sup> Vgl. EZB: URL: <<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201205de.pdf>>, verfügbar am 31.05.2012

### 3.3 Konsequenzen

Eine starke Verschuldung des Staates oder des privaten Sektors, vor allem in Verbindung mit einer recht hohen Auslandsverschuldung, macht Volkswirtschaften anfällig für Ansteckungseffekte, die aus Spannungen an den Finanzmärkten resultieren. Aufgrund möglicher negativer Auswirkungen auf die Refinanzierung der Banken oder die Kapitalzuflüsse und wegen des erforderlichen Fremdkapitalabbaus kann eine solche Verschuldung auch ein nachhaltiges Produktionswachstum beeinträchtigen.<sup>55</sup>

Die Mitgliedschaft in der EU allein garantiert keine florierende Wirtschaftsleistung. So habe die Krise schlussendlich aufgezeigt, dass die rumänische Mitgliedschaft in der Nato und vor allem in der EU nicht automatisch Wirtschaftswachstum garantiert. Der gemeinsame Markt beinhaltet nicht gleiche Chancen für alle und Rumänien bewegt sich mit einigen Schwierigkeiten in diesem.

Derzeit steht Rumänien in einem mächtigen Abhängigkeitsverhältnis zu Brüssel, was viele Auswirkungen beinhaltet, besonders jetzt wo Europa sich in einer lang anstehenden Phase der Stagnation befindet.

Die internen Faktoren drücken ebenfalls auf die Wirtschaftsleistung des Landes. Die Wirtschaft wächst zu schleppend, um den Aufholprozess voranzutreiben, daher hat die Weltbank kürzlich die Wachstumsprognose auf 1,2% gesenkt. Die Ineffizienz der öffentlichen Investitionen, die zwar 5% des BIP umfassen, können nur reduzierte Effekte produzieren. Das Wachstumspotenzial leidet demnach auch an der mangelhaften Qualität des Ausbildungssystems, der demografischen Lage des Landes (Überalterung und massive Emigration) sowie der fehlenden Infrastruktur.

---

<sup>55</sup> Vgl. EZB: URL: <<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201205de.pdf>>, verfügbar am 31.05.2012



Alarmierend ist auch die Entwicklung der öffentlichen Schulden: Zwar erreichen diese mit 36% der Wirtschaftsleistung im Europäischen Vergleich ein noch moderates Niveau. Allerdings sind sie seit Ausbruch der Wirtschaftskrise massiv angestiegen.

Insgesamt, so das Fazit, nutzt Rumänien seine Ressourcen nicht, was sich neben den öffentlichen Investitionen etwa auch an den reduzierten Steuerannahmen ablesen lässt.

Die rumänische Regierung kann nur dann mittelfristig Erfolg haben, wenn sie die Herausforderungen in der öffentlichen Verwaltung angeht. Nur eine effiziente und unparteiische Administration kann das Vertrauen der Investoren stärken und somit einen leichteren Zugang zu den Fördertöpfen der EU erzeugen.<sup>56</sup>

---

<sup>56</sup>Vgl. Wirtschaftsblatt: URL:  
<<http://digitalpaper.wirtschaftsblatt.at/?token=Ot2a2sfys8r5o862G607Rqfxb18787>>, verfügbar am  
19.06.2012

## **Literaturverzeichnis**

**Brache, Ulrich**

Europäische Integration: Wirtschaft, Erweiterung und regionale Effekte, 2. Aufl. , München 2008

**Breuss, Fritz**

Reale Außenwirtschaft und Europäische Integration, Frankfurt am Main 2003

**Griller, Stefan; Kneihls Benjamin; Madner, Verena; Potacs, Michael**

Wirtschaftsverfassung und Binnenmarkt, Wien 2010

**Heiz-Dieter, Arnold; Wenzel, Heertje**

Grundlagen der Volkswirtschaftslehre, 6 Aufl. ,Berlin 2001

**Kalkowski, Silke**

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Studienarbeit 2008

**Pfetsch, Franz**

Die Europäische Union, München 2005

**Siebert, Horst; Lorz, Oliver**

Außenwirtschaft, 8. Aufl., Stuttgart 2000

**Stapelfeldt, Gerhard**

Die Europäische Union – Integration und Desintegration – Kritik der ökonomischen Rationalität, 3. Band, Hamburg 1998

**Ranacher, Christian; Staudigl, Fritz**

Einführung in das EU-Recht, Wien 2007

**Thiel, Elke**

Die Europäische Union – Von der Integration der Märkte zu gemeinsamen Politiken, 5. Aufl., Opladen 1998

**Wildmann, Lothar**

Makroökonomie, Geld und Währung, Module der Volkswirtschaftslehre, Band II, München 2007

## **Internetquellen**

**Biziday, <<http://www.biziday.ro>>:**

**Wirtschaftsanalyse Rumänien**

<<http://www.biziday.ro>>, verfügbar am 1.05.2012

**Wechselkurs EUR/Ron am 27.04.2012 (Misstrauenvotum)**

<<http://www.biziday.ro/2012/04/27/motiunea-deranjeaza-cursul/>>,  
verfügbar am 30.04.2012

**Erste Bank Infonet, <<http://infonet.s-mxs.net>>:**

**Definition Rating**

<<http://infonet.s-mxs.net/home/>>, verfügbar am 6.06.2012

**Eurocons, < <http://eurocons.homac.at>>:**

**Institutionen der EU**

<<http://eurocons.homac.at/programm/3.3.html>>, verfügbar am 4.4.2012

## **Europa, < <http://europa.eu>>:**

### **Landkarte der EU**

<[http://europa.eu/about-eu/countries/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/countries/index_de.htm)> , verfügbar am 31. 03. 2012

### **EU-Mitgliedsstaaten (Beitrittsjahr)**

<[http://europa.eu/about-eu/countries/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/countries/index_de.htm)>, verfügbar am 17.04.2012

### **Korruptionsbekämpfung**

<[http://ec.europa.eu/news/justice/110606\\_de.htm](http://ec.europa.eu/news/justice/110606_de.htm)>, verfügbar am 30.04.2012

## **Europainfo, < <http://www.europainfo.at>>:**

### **Die drei Stufen der Einführung**

<<http://www.europainfo.at/dokumente/WWU.pdf> >, verfügbar am 5.4.2012

## **Europa Urlaub, <<http://www.europaurlaub.org>>:**

### **Eckdaten Rumänien**

<<http://www.europaurlaub.org/pages/rumaenien/eckdaten.php>>,  
verfügbar am 26.04.2012

**EZB, <<http://www.ecb.int>>:**

## **Definition Konvergenzkriterien**

<<http://www.ecb.int/ecb/orga/escb/html/convergence-criteria.de.html>>, verfügbar am 30.03.2012

## **Analyseschema Konvergenzkriterien**

<<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201005de.pdf>>, verfügbar am 23.04.2012

## **Konvergenzbericht 2012**

<<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201205de.pdf>>, verfügbar am 5.07.2012

## **Das Kriterium der Preisstabilität**

<<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201005de.pdf>>, verfügbar am 23.04.2012

## **Indikatoren der wirtschaftlichen Konvergenz**

<<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201205de.pdf>>, verfügbar am 31.05.2012

## **Preisstabilität**

<<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201205de.pdf>>, verfügbar 06.06.2012

## **Das Kriterium der öffentlichen Finanzen**

<<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201005de.pdf>>, verfügbar am 23.04.2012

## **Öffentliche Finanzen**

<<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201205de.pdf>>, verfügbar 06.06.2012

## **Das Wechselkurskriterium**

<<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201005de.pdf>>, verfügbar am  
23.04.2012

## **Wechselkurs**

<<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201005de.pdf>>, verfügbar am  
23.04.2012

## **Das Kriterium des langfristigen Zinssatzes**

<<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201005de.pdf>>, verfügbar am  
23.04.2012

## **Langfristige Zinsen**

<<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201205de.pdf>>, verfügbar  
06.06.2012

## **Maßnahmen**

<<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201205de.pdf>>, verfügbar am  
31.05.2012

## **Konsequenzen**

<<http://www.ecb.int/pub/pdf/conrep/cr201205de.pdf>>, verfügbar am  
31.05.2012

## **Finanzen, < <http://www.finanzen.net>>:**

### **Wechselkurs EUR/RON**

<<http://www.finanzen.net/devisen/euro-leu-kurs>>, verfügbar am  
4.06.2012

## **Handelsblatt, <<http://www.handelsblatt.com>>:**

### **Rating für Rumänien**

<<http://www.handelsblatt.com/infografiken/infografik-wie-die-ratingagenturen-europa-bewerten/4551098.html>>, verfügbar am 05.03.2012

## **Österreichische Nationalbank, <<http://www.oenb.at>>:**

### **Eckdaten der Europäischen Integration**

<[http://www.oenb.at/de/img/themenblatt\\_14-b\\_screen\\_tcm14-239016.pdf](http://www.oenb.at/de/img/themenblatt_14-b_screen_tcm14-239016.pdf)>, verfügbar am 20.04.2012

### **Euro-Münzen**

<[http://www.oenb.at/de/rund\\_ums\\_geld/euro/muenzen/euro-muenzen.jsp#tcm:14-157102](http://www.oenb.at/de/rund_ums_geld/euro/muenzen/euro-muenzen.jsp#tcm:14-157102)>, verfügbar am 26.04.2012

## **Punkto, <<http://www.punkto.ro>>:**

### **Wachstumsprognose**

<[http://www.punkto.ro/articles/2012:\\_EIU\\_erwartet\\_in\\_Rumaenien\\_Wachstum\\_von\\_lediglich\\_0\\_5\\_-3336.html](http://www.punkto.ro/articles/2012:_EIU_erwartet_in_Rumaenien_Wachstum_von_lediglich_0_5_-3336.html)>, verfügbar am 28.02.2012

## **Rep. Österreich Parlament, <<http://www.parlament.gv.at>>:**

### **Institutionen der EU**

<<http://www.parlament.gv.at/PERK/PE/EU/OrganeEU/>>, verfügbar am 12.04.2012



## **Rumänische Nationalbank, <<http://www.bnr.ro>>:**

### **Wirtschaftliche Analyse**

<<http://www.bnr.ro/Publicatii-periodice-204.aspx>>, verfügbar am 30.01.2012

## **Spiegel, <<http://www.spiegel.de>>:**

### **Politische Stabilität**

<<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,830224,00.html>>, verfügbar am 30.04.2012

## **Wirtschaftsblatt, <<http://digitalpaper.wirtschaftsblatt.at>>:**

### **BIP-Entwicklung in Rumänien**

<<http://digitalpaper.wirtschaftsblatt.at/>>, verfügbar am 3.4.2012

### **Wirtschaftliche Prognose**

<<http://digitalpaper.wirtschaftsblatt.at/>>, verfügbar am 30.01.2012

### **Rumänien Inflation**

<<http://digitalpaper.wirtschaftsblatt.at/?token=c9aQyNMAqai67IMdJ0CgJAAoAR18787>>, verfügbar am 12.06.2012

### **Wirtschaftliche Analyse**

<<http://digitalpaper.wirtschaftsblatt.at/?token=c9aQyNMAqai67IMdJ0CgJAAoAR18787>>, verfügbar am 12.06.2012

### **Rumänien und seine Probleme**

<<http://digitalpaper.wirtschaftsblatt.at/?token=Pvze88aYIzNioLLAOkg1OuvTS18787>>, verfügbar am 11.06.2012

## **Konsequenzen**

<<http://digitalpaper.wirtschaftsblatt.at/?token=Ot2a2sfys8r5o862G607Rqfxb18787>>, verfügbar am 19.06.2012

## **Eidesstattliche Erklärung:**

Hiermit versichere ich, dass die vorliegende Arbeit von mir selbständig und ohne unerlaubte Hilfe angefertigt worden ist, insbesondere das ich alle Stellen, die wörtlich oder annähernd wörtlich aus Veröffentlichungen entnommen sind, durch Zitate als solche gekennzeichnet habe. Weiterhin erkläre ich, dass die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörden vorgelegen hat. Ich versichere, dass die von mir eingereichte schriftliche Version mit der digitalen Version der Arbeit übereinstimmt.

---

Ort, Datum

Unterschrift